Deutscher Bundestag 11. Wahlperiode

16.05.90

Sachgebiet 64

Antrag

des Bundesministers der Finanzen

Einwilligung in die Veräußerung des Bundesanteils am "Unteren Mundatwald" gemäß § 64 Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung

Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 15. Mai 1990 – VI C 4 – VV 2909.4 – 7/90 –

Das Land Rheinland-Pfalz zu 55,6 v.H. und der Bund zu 44,4 v.H. sind Bruchteilseigentümer des Mundatwaldes an der deutschfranzösischen Grenze südlich von Bad Bergzabern.

Der Wald ist für Zwecke des Bundes entbehrlich. Der Bund hat deshalb bereits 1989 seinen Eigentumsanteil am "Oberen Mundatwald" an das Land Rheinland-Pfalz mit Einwilligung des Deutschen Bundestages (s. Drucksache 11/5334) und des Bundesrates (s. Drucksache 407/89) veräußert.

Nunmehr soll der einer Fläche von rd. 541 ha entsprechende Bundesanteil am "Unteren Mundatwald", der insgesamt rd. 1219 ha groß ist, ebenfalls im Rahmen eines Tauschvertrages an das Land Rheinland-Pfalz veräußert werden. Das Land wird dem Bund für Verteidigungszwecke in Anspruch genommene landeseigene Grundstücke in der Größe von rd. 457 ha zu Eigentum übertragen.

Die von den forstfachlichen Gutachtern des Landes und des Bundes übereinstimmend ermittelten Verkehrswerte betragen für den Bundesanteil am "Unteren Mundatwald" rd. 11 200 000 DM und für die landeseigenen Forstflächen rd. 7 445 000 DM. Der Differenzbetrag zugunsten des Bundes beläuft sich demnach auf 3 755 000 DM.

Die vorgenannten Beträge können insofern eine Änderung erfahren, als nach der Waldaufnahme zur Wertermittlung der Tauschflächen Windwurfschäden entstanden sind, die zunächst aufgearbeitet werden müssen. Die ggf. aufgrund der Ergebnisse der Schadensaufnahmen von den jeweiligen Verkehrswerten abzusetzenden Beträge werden vor Abschluß des Tauschvertrages zwischen dem Bund und der Landesforstverwaltung einvernehmlich festgelegt werden.

Ich bitte, gemäß § 64 Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung die Einwilligung des Deutschen Bundestages zur Veräußerung des Bundesanteils am "Unteren Mundatwald" herbeizuführen.

Anlage

zum Antrag auf Einwilligung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates zur Veräußerung von Grundstücken (§ 64 Abs. 2 Bundeshaushaltsordnung)

a) Bezeichnung, Größe und Beschreibung des	Ermittelter Verkehrswert	Verkaufs- preis	Erwerber	Verwendung des Grundstücks		Begründung der Veräußerung
Grundstücks b) Dienststelle, die das Grundstück verwaltet	DM	DM		a) jetzige	b) künftige	
1	2	3	4	5		6
a) Forstgrundstücke in den Gemarkungen Steinfeld, Kapsweyer und Schweighofen ("Unterer Mundatwald") in der Größe von insgesamt rd. 1219 ha; hieran Bundesanteil 44,4 v.H. = rd. 541 ha. b) Bundesvermögensamt Landau	11 200 000 DM	11 200 000 DM	Land Rhein- land-Pfalz, Landesforst- verwaltung	a) und b): Wald		Tausch des für den Bund unwirtschaft- lichen und entbehr- lichen Waldflächen- anteils gegen landes- eigene Forstflächen, die für Verteidigungs- zwecke in Anspruch genommen sind.